bnr.de
blick nach rechts

26. Jahrgang | 05 | 05. März 2009

Rechte Szene 2

Eine neue SA?
Die Jungen Nationaldemokraten wollen radikale sowie intellektuelle Elite und Speerspitze der Nationalen Bewegung sein.

Porno-Intrige
Drohungen und Einschüchterungen gegen eine Aktivistin lösen den Zerfall des Berliner NPD-Kreisverbands Marzahn-Hellersdorf aus.

„Rechtsdemokratische Kraft"
Die Bürgerbewegung „pro NRW" hat sich für die Kommunalwahl im Juni aufgestellt.

Braune Kontaktecke
In der Online-Community „kennwerk" tummeln sich Neonazis, die im Zusammenhang mit dem brutalen Überfall auf Gewerkschafter im Februar bei Jena stehen sollen.

Gefährliche Aufrüstung
Zahlreiche Waffenfunde verstärken die zunehmende Gewaltbereitschaft der rechtsextremen Szene.

„Frontstadt Kiel"
Gewalttätigkeiten und Einschüchterung während des Prozesses gegen Peter Borchert.

„Kampf und Arbeit"
Die NPD will am 1. Mai symbolträchtig in Berlin demonstrieren.

Seitenblick 9

Nazis als Vorbilder
Zahlreiche Schulen sind nach ehemaligen NSDAP-Mitgliedern, SA-Männern und Kriegsverbrechern benannt.

„Holocaust-Religion"
Wie die Wochenzeitung „Junge Freiheit" die öffentliche Kritik am Papst interpretiert.

Blick in die Zeitgeschichte 11

Planmäßiger Überfall
Von März 1939 an bereitete das NS-Regime mit zahlreichen „Anlässen" die Auslösung des Zweiten Weltkrieges vor.

Meldungen 12

Rechte Szene

Eine neue SA?

Die Jungen Nationaldemokraten wollen radikale sowie intellektuelle Elite und Speerspitze der Nationalen Bewegung sein.

Ein Strategie- und Diskussionspapier in der neuen Ausgabe des „Aktivist“, des Zentralen Mitgliederorgans der Jungen Nationaldemokraten (JN) lässt aufhorchen. Autoren des Papiers sind der JN-Bundesvorsitzende Michael Schäfer und der für Schulung und Propaganda zuständige Beisitzer im JN-Bundesvorstand, Matthias Gärtner. Und das Papier lässt durchaus den Schluss zu, dass die JN sich zu einer elitären Denkfabrik entwickeln sollen, die sich zudem an die Spitze einer „Volksfront von Rechts“ stellen und aus dieser Volksfront heraus eine Art neuer SA aufbauen wollen.

Wie das Ganze nach Ansicht von Schäfer und Gärtner funktionieren könnte, zeigt sich an der noch jungen Geschichte der JN in Sachsen-Anhalt. Denn die waren bis 2005 faktisch nicht existent. Zwar gab es einige junge Leute in Kreisen der NPD, die die Verbindungen der Landespartei zu den Kameradschaften und auch zur gewaltbereiten rechtsextremen Szene herstellten, einen Landesverband oder gar funktionierende Strukturen in der Fläche hatte die NPD-Jugend hingegen nicht.

Tatsächlich ist der JN-Landesverband ein Kunstprodukt, entwickelt zunächst theoretisch und außerhalb der Mutterpartei. Treibende Kraft dabei war neben Schäfer und Gärtner Philipp Valenta, heute stellvertretender Bundesvorsitzender. Alle drei sind ausgewiesene Neonazis, ideologisch fest verwurzelt in der NSDAP der 20er und 30er Jahre. Und alle drei grämten sich über die geringe Außenwirkung ihrer Ideologie. Sie entwickelten eine Strategie, um diese Lage zu ändern. Dass in Sachsen-Anhalt ein JN-Landesverband nicht einmal auf dem Papier existierte, begünstigte diese Strategie. Denn den hoben die drei Neonazis flugs aus der Taufe. Plötzlich verfügten sie nicht nur über finanzielle Mittel, sondern über die Kanäle der Mutterpartei auch über eine bereits funktionierende Logistik. Weiteres Personal des Landesverbandes rekrutierten die drei insbesondere dort, wo regionale Kameradschaften vor einem Verbot standen. Im Harz, in Magdeburg und im Süden des Landes enstanden die ersten JN-Regionalstützpunkte, inzwischen sind die JN flächendeckend mit Stützpunkten in Sachsen-Anhalt vertreten.

Die dienen insbesondere dazu, den Volksfront-Gedanken in die Fläche zu tragen. Die JN in Sachsen-Anhalt selbst gerieren sich weiterhin als ebenso intellektueller wie elitärer Zirkel, nahezu als Closed Shop, verfolgen aber den Anspruch, sich an die Spitze der „Volksfront von Rechts“ zu setzen. Seit Jahren stagniert die Mitgliederzahl des Landesverbandes bei etwa 50, ein Sachverhalt, der manch einen Politiker bei der alljährlichen Vorlage des Verfassungsschutzberichtes für Sachsen-Anhalt aufatmen ließ. Zu Unrecht, denn das ist nicht anders gewollt. Alle 50 Mitglieder des Landesverbandes werden vom Verfassungsschutz als „ausgewiesene Neonazis“ eingestuft und fürchten nichts mehr als rechtsextreme Beliebigkeit.

Den Volksfront-Gedanken in die Fläche tragen

Folgerichtig übernahm der JN-Landesverband Sachsen-Anhalt Ende 2007 die Macht im Bundesvorstand der NPD-Jugend. Dass bei der Wahl Schäfers zum Vorsitzenden neben Valenta auch der damalige bayerische JN-Landesvorsitzende Norman Bordin zum Stellvertreter gewählt wurde, darf als Ergebniskosmetik gelten, ideologisch passt Bordin aber ohnehin in dieses Konzept. Umgehend wurde die JN-Bundesgeschäftsstelle ins „Braune Haus“ in Bernburg verlegt, wo bereits der JN-Landesverband Sachsen-Anhalts residierte.

Und umgehend ging Gärtner daran, mit dem „Nationalen Bildungskreis“ (NBK) eine zentrale und hierarchisch gegliederte Bildungs- und Schulungsorganisation aufzubauen, die ganz nebenbei dem seit Jahren ohnehin in der Bedeutungslosigkeit vor sich hin dümpelnden Nationalen Hochschulbund (NHB) den endgültigen Garaus machte, dem aber vor allem bei der Neuausrichtung der JN als Elite und Speerspitze der Nationalen Bewegung eine entscheidende Rolle zukommt.

Und nun also das Strategiepapier von Schäfer und Gärtner, in dem der Begriff „vorpolitischer Raum“ eine wesentliche Rolle spielt, wobei es aber bei näherer Analyse des Papieres eher um den außerparlamentarischen Raum, um die Straße, geht. Die JN heutigen Typs betrachten sich selbst als radikale und intellektuelle Elite zur Einigung der nationalistischen Bewegung, an deren Spitze sie sich

wie selbstverständlich sehen. „Der parlamentarische Arm der Bewegung muss nach innen und außen per Gesetz 'demokratisch' organisiert sein. Das ist eine Schwäche, gar keine Frage", heißt es in der JN-Strategie zur Bedeutung der NPD. „Es öffnet nämlich Tür und Tor für interne Differenzen in Form von Kungeleien sowie Intrigen und fördert in der Regel (...) nur das Mittelmaß in die entsprechenden Parteivertretungen, so wie das im parlamentarischen System überhaupt der Fall ist." Der NPD kommt hier zumindest derzeit noch eine wesentliche Rolle zu. „Hätten wir keine parlamentarische Vertretung, so würde die Aufmerksamkeit der politischen Alternative in Form eines modernen Nationalismus gegen Null tendieren." Derzeit entwickele sich die NPD durch ihre parlamentarischen Vertretungen mehr und mehr zu einer politisch-professionell agierenden Organisation im Nationalen Widerstand. „Das muss sie auch, um den ihr zugeteilten Auftrag, nämlich in die 'Mitte des Volkes' zu gelangen, erfüllen zu können. Denn: Wir wollen an die Macht!"

„Kampfgemeinschaft im vorpolitischen Raum"

Dass dieses Ziel wohl weder über Wahlen noch überhaupt durch das Prinzip der parlamentarischen Demokratie zu erreichen ist, ist den Autoren des Papiers klar: „Der politische Raum außerhalb des Parlaments braucht eine strukturierte Kampfformation, denn das Parlament ist uns nicht genug und darf es auch nie werden!" Eine Art neuer SA also. Explizit grenzen sich die Autoren gegen „jede daher gelaufene Freizeit- und Wochenendkameradschaft" ab, die sich einen Namen geben und von da an „unter der Fahne 'Freie Nationalisten'" fahren, aber an den Organisationsgrad der ursprünglich mit dem Konzept „Freie Kameradschaft" entstandenen Gruppierungen gar nicht erst herankämen. „Und selbst wenn, so würde immer noch eine landesweite Instanz fehlen, die besonders dann Wirkung entfaltet, wenn es an die Koordination von zentralisierten oder zeitgleich verlaufenden dezentralen Aktionen geht", klagen Schäfer und Gärtner. „Ein einheitliches Erscheinungsbild und ein identischer Grad politischen, weltanschaulichen und juristischen Wissens können viele Mitkämpfer in der Bewegung nicht vorweisen, ebenso wie ein Grundmaß im politischen Dienst." Was fehle, sei Struktur und Hierarchie im mittlerweile ermüdenden Ringen beim Kampf um die Straße.

Von der Mutterpartei fordern die Autoren des Papiers mehr Unabhängigkeit für die JN. Eine Loslösung kommt zumindest derzeit aber nicht in Betracht, denn die Rolle als NPD bietet schließlich auch Vorteile: „Die JN ist eine Parteiorganisation, die (...) nur dann verboten werden kann, wenn die Partei verboten wird. Aus diesem Grund haben wir zweierlei Vorteil: Unabhängigkeit und Zugang", glauben Schäfer und Gärtner, fordern aber weniger Einflussnahme der Partei auf ihren Jugendverband ein: „Außerdem lassen sich die Kameraden, die die JN derzeit als Kampforganisation sehen, sicher nicht am Gängelband führen. Sollte es uns zudem gelingen, den vorpolitischen Raum zu erobern, dann sind jedoch die NPD-Verbände auf eine schlagkräftige JN angewiesen. Eine JN, deren eigenständiges Profil darin besteht, ihren Aktivisten und politischen Soldaten ein Grundwissen zu vermitteln, Kader auf völlig unterschiedlichen Gebieten herauszubilden und durch eine innere Ordnung das Zusammenwirken divergierender vorpolitischer Kräfte in einer noch nicht dagewesenen Synthese hergestellt zu haben." Ein politisches Konzept, das dem Zusammenwirken von NSDAP und SA Ende der 20er und Anfang der 30er Jahre verblüffend ähnelt.

Michael Schäfer und Matthias Gärtner ziehen folgende Schlussfolgerungen der eigenen Analysen: „Die Parole lautet von nun an: Weg von der 'Jugendorganisation', weg vom Bild der 'Junior-NPD' und hin zur Kampfgemeinschaft im vorpolitischen Raum, hin zur bundesweiten Formation politischer Soldaten!"

Wie weit die intellektuelle JN-Elite aus Sachsen-Anhalt inzwischen mit der hierarchischen Neu- und Durchstrukturierung des NPD-Jugendverbandes ist, mag sich in der Diskussionsfreudigkeit der Basis zeigen. Zwar ist das Strategiepapier im „Aktivist" offiziell als „Diskussionsgrundlage" gekennzeichnet. Diskutiert wird es jedoch kaum. In den einschlägigen Diskussionsforen der JN und anderer Neonazis im Internet finden sich jedenfalls kaum Beiträge dazu. Und was die JN unter politischem Soldatentum verstehen, machen sie an Horst Wessel fest, dessen Person sie in regionalen Bildungsveranstaltungen in der jüngsten Vergangenheit auffällig glorifizieren.

Eberhard Löblich

Porno-Intrige

Drohungen und Einschüchterungen gegen eine Aktivistin lösen den Zerfall des Berliner NPD-Kreisverbands Marzahn-Hellersdorf aus.

Eine bei den Berliner Neonazis führende Frau, Gesine Hennrich, hat ihre Funktion als Kreisvorsitzende der NPD Marzahn-Hellersdorf niedergelegt und ist aus der NPD ausgetreten. Den Grund nannte die als rechtsextreme Aktivistin bekannte etwa 40-jährige Frau in einem öffentlichen Brief: Untereinander zerstrittene männliche NPD-Funktionäre haben ihr nahegelegt, das Amt aufzugeben, sonst würden „Bilder, die der Pornografie zuzuordnen" seien, veröffentlicht. Angeblich sind im Gefolge Hennrichs, die eine Zeitlang Vorsitzende des Rings Nationaler Frauen (RNF) Berlin war und rechte Aufmärsche angemeldet hat, zahlreiche weitere NPD-Mitglieder in Marzahn-Hellersdorf ausgetreten. Es sollen rund 40 sein, das wäre fast der gesamte Kreisverband mit seinen bisher etwa 50 Mitgliedern.

Eines der Fotos, um die es geht, ist im Internet zu finden. Gesine Hennrich posiert darauf, mit Slip, Jeansweste und hochhackigen Billigschuhen bekleidet, in einem graffitti-beschmierten Treppenhaus. Da dieser offenbar nach einer Party geknipste Schnappschuss mit Pornografie überhaupt nichts zu tun hat, nicht einmal nach rechtsextremer Saubermann-Ideologie, muss es außer einem ihr nachgesagten Hang zur Prostituiertenszene andere Gründe dafür geben, dass Hennrich aus ihren Funktionen gedrängt wurde.

Aus ihrem Brief ist herauszulesen, was sich abspielte – zumindest, wie sie es subjektiv erlebt hat. Demnach wurde Hennrich vom Berliner NPD-Landesvorsitzenden Jörg Hähnel „intensiv befragt", wie sie zu ihm und wie sie zu seinem Stellvertreter Hans-Joachim Henry stehe, einem innerparteilichen Widersacher. Sie bekannte sich nach eigener Darstellung zu Henry, dem NPD-Kreisvorsitzenden von Tempelhof-Schöneberg, mit dem sie eng zusammenarbeitet. Daraufhin wurde sie zu Manfred Börm, Mitglied des Bundesvorstands der NPD und Leiter des Ordnungsdienstes, geschickt. „Dieser eröffnete mir nun, dass man Bilder von mir im Internet gefunden hätte, die der Pornografie zuzuordnen seien. Er forderte mich auf, bis zum kommenden Wochenende alle meine Ämter in der NPD nieder zu legen. In der Partei könnte ich jedoch bleiben. Sollte ich dieser Aufforderung nicht fristgerecht nachkommen, werde man die Bilder und Informationen veröffentlichen ...", schreibt Hennrich. Und weiter: „Diese Aufforderung, die allerdings in Form einer Drohung ausgesprochen worden ist, kann ich in keiner Weise ignorieren. Da Börm nicht nur wegen Banküberfalls, Überfall auf ein Waffendepot und Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung vorbestraft ist, sondern auch mehrfach wegen des Verdachts der gefährlichen Körperverletzung in Erscheinung getreten ist, er soll unter anderem auch auf eine Frau eingetreten haben (wer im Glashaus sitzt sollte nicht mit Steinen werfen), muss ich diese Drohung sehr ernst nehmen."

Börm ist in der Tat einer der vorbestraften Kader, die es bis in die NPD-Spitze geschafft haben. Er war 1979 zu sieben Jahren Haft verurteilt worden. Bisher hatte Hennrich das offensichtlich nicht beanstandet. Nun, wo sie Opfer der Machtkämpfe geworden ist, in die sich der Landesvorsitzende und der Bundesordnungsleiter verstrickt haben, findet sie die Straftaten erwähnenswert.

Dass es im NPD-Umfeld drunter und drüber geht, belegt eine Erklärung des Vorstands des Rings Nationaler Frauen (RNF-Motto: „Deutschland ist auch Frauensache!"). Darin heißt es, Gesine Hennrich sei Mitglied der Arbeitsgemeinschaft „Frauen in der NPD" gewesen und habe „den Eintritt weiterer Frauen herbeigeführt". Von ihnen wurde sie zur Landessprecherin gewählt. Doch kurz danach, Ende September 2008, wurde der RNF bei einer Bundesversammlung „zu einer Unterorganisation der NPD". Alle bisherigen Mitglieder des bisher losen Zusammenschlusses RNF mussten nach dieser Darstellung „umgehend einen Mitgliedsantrag abgeben und einen Beitrag entrichten". Hennrich sei aber nicht eingetreten und „seither kein Mitglied mehr", heißt es jetzt distanzierend.

Wohin die unter NPD-Mitgliedern und Freien Nationalisten erbittert und mit harten Bandagen ausgetragenen Auseinandersetzungen führen, ist nicht absehbar. Denkbar ist, dass die NPD weitere Mitglieder verliert und geschwächt wird. Möglich ist auch, dass ein solcher Prozess gleichzeitig zu neuen Zusammenschlüssen führt und die Rechtsextremen außerhalb der NPD radikalisiert.

Helmut Lölhöffel

„Rechtsdemokratische Kraft“

Die Bürgerbewegung „pro NRW“ hat sich für die Kommunalwahl im Juni aufgestellt.

Von einem flächendeckenden Wahlantritt bei der Kommunalwahl in Nordrhein-Westfalen ist die extrem rechte „Bürgerbewegung pro NRW“ zwar weit entfernt. Aber immerhin: Nach jetzigem Stand wird ziemlich genau ein Viertel der Bürger die Rechtspopulisten auf den Stimmzetteln finden. Mit drei Ausnahmen muss sich „pro NRW“ auf die Region rund um Köln konzentrieren. Kandidaten hat sie bislang für Köln, Bonn und Leverkusen, den Rhein-Erft-Kreis, den Rheinisch-Bergischen Kreis, den Rhein-Kreis Neuss, den Rhein-Sieg-Kreis und den Oberbergischen Kreis nominiert. Im Ruhrgebiet will sie in Essen und Gelsenkirchen antreten. In Ostwestfalen reicht es bislang nur für eine Kandidatur im Städtchen Lemgo. Insgesamt leben in diesen Kreisen und Städten 4,4 der knapp 18 Millionen Einwohner Nordrhein-Westfalens. Komplett weiße Flecken gibt es auf der Landkarte von „pro NRW“ im Raum Aachen/Eifel, am nördlichen Niederrhein, im Münsterland, in Ostwestfalen (Ausnahme Lemgo) sowie in Südwestfalen.

Auffällig ist, dass es „pro NRW“ bislang nicht gelungen ist, im Raum Düsseldorf/Mettmann die Voraussetzungen für eine Kandidatur zu schaffen. Das lag zum einen offenbar an personellen Querelen, zum anderen auch daran, dass der Kreisvorsitzende Uwe Berger mehr durch zuweilen unfreiwillig komische Statements auffällt, aber weniger durch eine effektive Aufbauarbeit.

Neben den Stadträten und Kreistagen werden auch die (Ober-)Bürgermeister und Landräte direkt gewählt. Dafür lässt „pro NRW“ erfahrene Funktionäre übers Land tingeln. So kandidiert die „pro Köln“-Fraktionschefin Judith Wolter für das Landratsamt im Rhein-Erft-Kreis. Ihr Ratskollege Bernd M. Schöppe will im Rhein-Kreis Neuss Landrat werden. Manfred Rouhs, Geschäftsführer der Kölner Fraktion, tritt für das Amt im Oberbergischen Kreis an. Markus Wiener, Mitarbeiter der Fraktion und „pro-NRW“-Generalsekretär, ist Bürgermeisterkandidat in Radevormwald. Jörg Uckermann, einst für die CDU und nun für „pro Köln“ Mitglied der Bezirksvertretung Köln-Ehrenfeld, wird als OB-Kandidat in Leverkusen präsentiert. In Lemgo tritt Gereon Breuer, der im Dezember von der CDU zu „pro NRW“ wechselte und dort an der Spitze der Jugendgruppe steht, als Kandidat an. Auch für Uwe Berger fand sich ein Pöstchen. Er sei als „OB-Kandidat nach Essen entsandt“ worden, berichtet die NRZ und zitiert den „entwaffnend offenen“ „pro“-Kreisvorsitzenden Bernd Weyrich mit den Worten: „Da hatte ich keinen Einfluss drauf.“ Beisicht selbst, der in Leverkusen wohnt und arbeitet, ist Oberbürgermeisterkandidat in Köln.

Während Personen wie Breuer oder Uckermann demokratische Seriosität vermitteln sollen, dürfte das anderen Kandidaten nicht so leicht fallen. Beispiel Rhein-Sieg-Kreis: Als Landratskandidat tritt dort Peter Malborn an. 2004 hatte er das schon einmal versucht, als er sich für die NPD um das Amt bewarb. Als Spitzenkandidat für den dortigen Kreistag und in der Stadt Troisdorf wurde Dieter Danielzick nominiert. Er war vor seinem Wechsel zu „pro NRW“ Generalsekretär der extrem rechten Splitterpartei „Ab jetzt... Bündnis für Deutschland“ und deren Landesvize. Einen politischen Vorlauf weit rechtsaußen weist auch der Bonner Spitzenkandidat Nico Ernst auf. Während er sich heute seriös bürgerlich gibt, war er vor wenigen Jahren noch im Umfeld der Kameradschaft Rhein/Ahr und für die Kölner NPD aktiv. Der „Jungen Freiheit“ warf er beispielsweise vor, in „nationalliberalen beziehungsweise rechtskonservativen Kreisen“ zu verharren, statt die nötige Radikalität zu zeigen.

In einem solchen Umfeld fallen die Ex-Republikaner, denen ihre alte Partei nicht radikal genug war und die jetzt bei „pro NRW“ Unterschlupf gefunden haben, gar nicht weiter auf. Wie etwa der frühere REP-Landesvize Daniel Schöppe, der nun als Spitzenkandidat im Rhein-Kreis Neuss und Bürgermeisterkandidat in Dormagen auf dem Stimmzettel steht. Oder der Gelsenkirchener Kevin Gareth Hauer, einst für die REP in den Stadtrat eingezogen und inzwischen wie Danielzick und Schöppe zum stellvertretenden „pro NRW“-Landesvorsitzenden aufgestiegen, der als OB-Kandidat in seiner Heimatstadt antritt.

Nichtsdestotrotz beteuern die „pro“-Oberen immer wieder, man sei eine „rechtsdemokratische“ Kraft. „Pro NRW“-Chef Beisicht trieb die Camouflage in der vorigen Woche auf die Spitze: „Wir sind die nordrhein-westfälische Grundgesetzpartei.“

Tomas Sager

Braune Kontaktecke

In der Online-Community „kennwerk“ tummeln sich Neonazis, die im Zusammenhang mit dem brutalen Überfall auf Gewerkschafter im Februar bei Jena stehen sollen.

Mit einem lapidaren „wkw war gestern – heute ist kennwerk“ bewirbt die NPD Westpfalz über eine Mailingliste die Online-Community „kennwerk“, die der saarländische NPD-Vorsitzende Franz Frank mit seiner Internetfirma Naweko betreibt. Frank ist auch verantwortlich für die Gestaltung diverser NPD-Webseiten und die Umgestaltung des Webauftritts der „Deutschen Stimme“. „Kennwerk“ ist für ihn bereits der zweite Anlauf einer braunen Kontaktecke im Internet, sein voriger Versuch einer „nationalen Partnersuche“ wurde 2007 gehackt. Betrieben wird die Community, ebenso wie diverse NPD-Sites und rechtsextreme Kampagnensites, über seinen Server.

Die braune Online-Community wird bewusst als Gegenmodell zur Online-Community „wer-kennt-wen“ propagiert, in der rechtsextreme User gelöscht werden. So erklärte die NPD Westpfalz auf ihrer Website, dass Mitglieder und Funktionäre der NPD „Opfer stalinistischer Säuberungsaktionen“ bei „wer-kennt-wen“ wurden, und „kennwerk“-Mitglieder werben auf ihren Websites mit Sätzen wie: „Ist wie WKW, nur wird niemand gelöscht!!!“. Die braune Online-Community vereint – obwohl technisch im Betastadium und ohne großen Bekanntheitsgrad – bereits mehr als 100 Mitglieder, mehrheitlich von NPD und ihrem Umfeld aus dem Saarland und der Westpfalz.

Neben dem saarländischen NPD-Anführer Franz Frank ist im „kennwerk“ weitere regionale NPD-Prominenz zu finden, darunter der Ex-Funktionär der Republikaner und stellvertretende NPD-Vorsitzende des Saarlands, Aloys Lehmler. Ebenfalls Mitglied ist Patricia Schehl (34), Schatzmeisterin des NPD-Kreisverbandes Südwestpfalz. Die „stolze Mutter von drei Kindern“ soll Strukturen für den Ring Nationaler Frauen (RNF) in der Pfalz aufbauen und ist Leiterin des „Arbeitskreises ‘Schwangere in der NPD’“. Mit dem im Februar im Zuge des Flügelstreits aus der rheinland-pfälzischen NPD ausgeschlossenen Markus Walter ist ein verurteilter Friedhofsschänder Mitglied der braunen Community, mit dem stellvertretenden nordrhein-westfälischen NPD-Landesvorsitzenden Stefan Pohl ein kaufmännischer Angestellter mit Hooligan-Background, der in der „Gewalttäter-Sport“-Datei vermerkt ist und sich – wie sein Zwillingsbruder – für den Aufbau von Neonazi-Strukturen einsetzt.

Gruppe „Solidarität für Nick“

Weitere „kennwerk“-Mitglieder sollen im Zusammenhang mit dem brutalen Überfall von Neonazis Mitte Februar auf Gewerkschafter an der Autobahnraststätte Teufelstal bei Jena stehen, wie der Parteikader und Kreisvorsitzende der NPD in der Westpfalz, Sascha Wagner, der für den NPD-„Kreisverband Westpfalz in Zusammenarbeit mit dem LV Saar“ den Bus der Neonazis angemietet hat. Auch Michael Idir, Kommunalwahl-Kandidat der NPD in Frankfurt 2006, ist Community-Mitglied. Er ist der Verfasser jenes „Augenzeugenberichts“ des Überfalls, in dem über die „dreiste Verdrehung der Tatsachen durch DGB und die Linke“ schwadroniert wird. Kennwerker ist mit dem früheren Republikaner Bernd Ehrreich ein weiterer stellvertretender Landeschef der NPD Saarland. Auch gegen Ehrreich, der auf Platz drei der NPD-Landesliste für die Landtagswahl steht, wird wegen des Verdacht des schweren Landfriedensbruchs ermittelt. Und schließlich ist der als Haupttäter verhaftete 32-jährige vorbestrafte Gerüstbauer und Militaria-Sammler Nick B. aus Blieskastel Mitglied der NPD-Community, in der er auch ein Bild des Aufmarschs in Dresden präsentiert.

Der saarländische NPD-Vorsitzende Frank hatte umgehend erklärt: „Ich habe bereits eine interne und intensive Prüfung des Sachverhalts veranlasst und den Landesgeschäftsführer der NPD Saar beauftragt, mit den fünf Mitgliedern meines Landesverbandes einen Gesprächstermin zu vereinbaren, um mir ein Bild der Aussagen machen zu können.“ Der Einfachheit halber könnte er auch seine Community fragen – in der Gruppe: „Solidarität für Nick“ wegen des „Haftbefehls wegen der angeblichen Attacke auf dem Rastplatz Teufelstal“. Schon kurz nach Gründung hatte sie ein Dutzend Mitglieder unter dem Credo: „Nun wird er in den Systemmedien als der angebliche Haupttäter dargestellt, wir glauben das (sic) er es nicht war“. Unter den Gruppenmitgliedern: Patricia Schehl, Sascha Wagner und Bernd Ehrreich.

Rudolf Kleinschmidt

Gefährliche Aufrüstung

Zahlreiche Waffenfunde verstärken die zunehmende Gewaltbereitschaft der rechtsextremen Szene.

Im vergangenen Jahr stiegen die Zahl rechtsextremer Straftaten und die der Opfer rechter Gewalt um knapp 30 Prozent. Registriert wurde 2008 auch eine Zunahme rechtsextremer Angriffe gegen Polizisten. Bei rechtsextremen Übergriffen kommen immer häufiger Waffen zum Einsatz. So ging am späten Abend des 25. Januar in Erfurt ein polizeibekannter Mann mit einer Waffe auf zwei Beamte zu und bedrohte sie. Als der wegen Volksverhetzung und weiterer Propagandadelikte verurteilte 28-Jährige nach mehreren Warnungen nicht aufgab, wurde er mit einem Schuss ins Bein außer Gefecht gesetzt. Bei einem Angriff auf einen jungen Mann am 12. Februar im sachsen-anhaltinischen Stendal schlug ein 23-jähriger Rechtsextremist mit dem Schlagring zu und verletzte sein Opfer am Kopf.

„Schlagringe“ bekomme man in Tschechien „hinterher geworfen“ war beim deutsch-sprachigen Forum der im Sommer 2008 geknackten Homepage von „The Home Of Ian Stuart’s Blood&Honour“ zu erfahren. Auch Waffen seien „dort recht billig zu erwerben“, erklärte der Neonazi-Pseudonymus „NS-Hatecore“ einem Gleichgesinnten. Es komme lediglich „drauf an, wo genau du dort einkaufst. In den Standartkasernen ist es jedenfalls ziemlich billig. ... Ein kleiner Tipp: fahr am besten mit einem Reisebus, dort wirst du nämlich nie kontrolliert, falls was ist.“ Ein anderer Neonazi gab Ratschläge zum Umgang mit Polizisten bei Demonstrationen: „Ihr müsst natürlich nicht auf die Beine oder den Brustkorb gehen. Einen kräftigen Faustschwinger aufs Visier reicht und das Teil zerspringt. Der Bulle hat erstmal die Fresse damit voll, und während dessen kann man sich seinen Knüppel schnappen oder mit ‘nem Basy draufhauen.“

Aktionsorientierte Neonazis können sich beim Resistore Vertrieb von Dennis Giemsch in Dortmund eindecken. Der Vertrieb besteht seit 2006 und bietet Straßenkämpfern Steinschleudern, Pfefferspray und Zahnschutz an. Steinschleudern seien „ideal für Hobbyschützen“, liegen „sehr gut in der Hand“, sind „mit einem extra festen Gummi und einem robusten Stahlbügel“ versehen und erreichen eine „sehr hohe Schussgeschwindigkeit“, wird dem interessierten Publikum mitgeteilt. Die entsprechende Munition ist zum Preis von 5 Euro (30 Kugeln) zu haben.

In den letzten Monaten sind auffallend viele Waffenfunde in der rechtsextremen Szene zu registrieren. Nach dem mehrfachen Skandieren von NS-Parolen hat die Polizei am 1. März in Weimar einen 45-jährigen mutmaßlichen Rechtsextremisten festgenommen. Beamte stellten bei dem Mann einen Revolver sicher. Bei einer anschließenden Wohnungsdurchsuchung wurden Kurz- und Langwaffen gefunden. Am 17. Februar wurde ein 34-jähriger Mann aus dem nordrhein-westfälischen Altkreis Schleiden wegen Verstoßes gegen das Waffengesetz zu einer Geldstrafe von 1200 Euro verurteilt. In seiner Wohnung hatten die Ermittler unter anderem eine Wurfgranate, Infanteriemunition in ungezählter Menge und zwei Gewehrgranaten beschlagnahmt. Bei der Wohnungsdurchsuchung entdeckten sie auch ein Foto des Führer-Stellvertreters Rudolf Heß. Am 20. Januar durchsuchen 440 Einsatzkräfte 32 Objekte in den Landkreisen Göttingen, Northeim, Osterode, Hildesheim und Braunschweig. Beschlagnahmt wurden unter anderem neun Karabiner, sieben Pistolen mit Munition, eine Handgranate, Teleskopschlagstöcke, Wurfsterne, Bajonette, Granaten sowie das Endrohr einer Flugabwehrrakete. „Die Durchsuchungsergebnisse belegen die Affinität der ‘rechten Szene’ zu Waffen und deren tatsächlicher Verfügbarkeit und zeigt deren Gewaltbereitschaft“, sagte der Göttinger Polizeipräsident Hans Wargel in einer ersten Bewertung.

Die Durchsuchungen standen im Zusammenhang mit Waffenfunden bei Rechtsextremisten Ende November 2008. Damals hatte die Polizei bei Durchsuchungen in den Landkreisen Northeim, Osterode und Hildesheim unter anderem Gewehre, eine Maschinenpistole der Marke ZAGI (kroatischer Herkunft) sowie 400 Schuss Munition, ein Repetiergewehr mit Zielfernrohr, einen Revolver, eine doppelläufige Schrotflinte, Bajonette und Messer sichergestellt. Besitzer der Maschinenpistole war der 34-jährige Neonazi Mario Messerschmidt aus Göttingen. Der wegen verschiedener Körperverletzungsdelikte verurteilte Neonazi muss sich demnächst wegen einer Schießerei und wegen eines Brandanschlags auf ein Nachtlokal in Göttingen vor Gericht verantworten.

Anton Maegerle

„Frontstadt Kiel"

Gewalttätigkeiten und Einschüchterung während des Prozesses gegen Peter Borchert.

Der frühere NPD-Landeschef von Schleswig-Holstein, Peter Borchert, wurde vor dem Landgericht Kiel vom Vorwurf der schweren Körperverletzung freigesprochen. Der 35-jährige Neonazi war angeklagt, Ende August 2008 vor dem Kieler Amtsgericht bei einer gewalttätigen Auseinandersetzung von Rechtsextremisten und Hell's Angels-Rockern zwei Männer mit einem Messer niedergestochen zu haben. In der Vernehmung nach seiner Festnahme räumte Borchert die Messerattacken ein, sprach aber von Notwehr, weil er einem von den Rockern angegriffenen Freund zur Hilfe kommen wollte. Im Prozess beriefen sich die meisten Zeugen auf ihr Aussageverweigerungsrecht. Auch Borchert, der vom Kieler NPD-Anwalt Christian B. verteidigt wurde, schwieg an allen Verhandlungstagen. Da nicht einmal die Opfer zu Aussagen bereit waren und neutrale Zeugen widersprüchliche Wahrnehmungen der Massenschlägerei hatten, sprach das Gericht trotz Zweifel an der Glaubwürdigkeit von Borcherts Ausführungen diesen frei. Die Staatsanwaltschaft legte Revision gegen das Urteil ein, sie hatte fünfeinhalb Jahre Haft gefordert.

Die rivalisierenden Gruppen trafen vor dem Amtsgerichtsgebäude aufeinander, weil einem Anhänger der rechtsextremen Szene dort der Prozess gemacht werden sollte, nachdem bei einem Messerangriff 2007 am Eingang einer Kieler Diskothek ein Hell's Angel schwer verletzt wurde. Unmittelbar vor Prozessbeginn gegen Borchert wurde ein Zeuge aus dem Neonazi-Milieu von zwei Unbekannten in Kaltenkirchen mit mehreren Schüssen niedergestreckt. Bis heute hat die Polizei keine Spur von den Tätern. Während des Verfahrens war zu hören, dass es auch in der Neonazi-Szene zu Einschüchterungen gekommen sein soll. Autonome Nationalisten haben sich den Namen „Aktionsgruppe Kiel" gegeben. Sie sehen in Borchert einen ihrer Anführer, dem sie den Spitznamen „Pik Bube" verpasst haben. Zum Prozessbeginn wurden bei mehreren linksalternativen Treffpunkten in Kiel Scheiben eingeworfen und in der Fußgängerzone provokativ NPD-Flugblätter verteilt. Im Internet hat die „Aktionsgruppe" Kiel zur „Frontstadt" erklärt.

Horst Freires

„Kampf und Arbeit"

Die NPD will am 1. Mai symbolträchtig in Berlin demonstrieren.

In diesem Jahr plant die NPD am 1. Mai wieder eine Demonstration in Berlin. Eine Anmeldung ist der zuständigen Versammlungsbehörde Ende Februar zugegangen. Der Aufmarsch soll unter dem Motto „Kampf und Arbeit unentwegt" stehen und im Ostberliner Stadtteil Köpenick in der Nähe der Bundeszentrale der NPD stattfinden. Die Anmelder gehen von einer Teilnehmerzahl zwischen 600 bis 1000 Teilnehmern aus. Ein Sprecher der Polizei erklärte gegenüber der Presse, dass die Anmeldung zurzeit geprüft werde. Allerdings wurde auch bekannt, dass die nun angemeldete Route schon ein Kompromiss ist. Ursprünglich wollte die NPD in Berlin-Wedding demonstrieren.

Seit den 90er Jahren ist es das Ziel der NPD, am 1. Mai im symbolträchtig in Berlin aufzumarschieren. Der letzte Versuch fand am 1. Mai 2004 statt. Der geplante Marsch von Lichtenberg nach Friedrichshain wurde von der Polizei wegen starken Widerstands und mehrerer Blockaden vorzeitig abgebrochen. Trotzdem wurde die Aktion auf rechtsextremen Webseiten wie Altermedia „als Gemeinschaftsdemonstration der nationalen Opposition" gefeiert. Auch am symbolträchtigen 8. Mai 2005 war ein Aufmarsch der Rechtsextremisten an massivem Widerstand gescheitert. Rund 2000 Rechtsextremisten mussten stundenlang am Auftaktort verharren.

Mit ihrer erneuten Anmeldung einer Demonstration in Berlin versucht die NPD, ihr durch innerparteiliche Querelen und die Finanzkrise stark ramponiertes Image wieder etwas aufzupolieren. Schließlich dient der Kampf um die Straße, wie die ritualisierten Aufmärsche in NPD-Kreisen genannt werden, der Stärkung der eigenen Reihen. Allerdings wird auf rechtsextremen Webseiten auch nicht mit Kritik gespart. Vor allem das Spektrum der Freien Kameradschaften greift die in deren Augen zu legalistisch auftretende NPD scharf an. Es ist noch nicht abzusehen, ob sich die Freien Kräfte am 1. Mai der NPD-Demonstration anschließen werden. Außer in Berlin sind bisher rechtsextreme Aufmärsche zum 1. Mai unter anderem in Hannover, Mainz und Ulm geplant.

Peter Nowak

Seitenblick

Nazis als Vorbilder

Zahlreiche Schulen sind nach ehemaligen NSDAP-Mitgliedern, SA-Männern und Kriegsverbrechern benannt.

Die Zahl der in Deutschland nach Nazis, Kolonialherren oder Demokratie-Gegnern benannten Straßen und Plätze sind Legion. Damit nicht genug: Der Chemnitzer Historiker Geralf Gemser fand heraus, dass bundesweit mehr als 100 Schulen Namen von ehemaligen Nationalsozialisten tragen. Der erste Band seiner brisanten Studie widmet sich den 2174 Lehranstalten in Sachsen.

Am 8. Mai 1945 starb der Medizin-Professor Rainer Fetscher in Dresden im Kugelhagel. Ob die Schüsse aus den Gewehrläufen der Roten Armee oder von der SS abgefeuert wurden, konnte nie geklärt werden. So indifferent wie Fetschers Todesursache war auch seine politische Haltung. Der Mediziner war ab 1923 mit der Erarbeitung einer „erbbiologischen Kartei“ zur Erfassung „biologisch minderwertiger Personen“ beschäftigt. Das von den Nazis 1933 erlassene „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ bezeichnete Fetscher als „verheißungsvollen Auftakt“, da es „nicht nur die Möglichkeit rassenhygienischer Unfruchtbarmachungen“ schaffe, sondern auch endlich „Zwang“ ausgeübt werden konnte. Der spätere SA-Mann bemängelte, dass sich Europa im Laufe der Jahrzehnte „ein Heer von Minderwertigen“ herangezüchtet habe. Mit diesen Positionen schien der Dresdner Dozent für Sozialhygiene wie geschaffen für eine Karriere im späteren nationalsozialistischen Vernichtungsstaat. Fetscher führte selbst mindestens 65 Zwangssterilisationen durch. Weil er dem NS-Staat aber einen unwissenschaftlichen Umgang mit der „Eugenik“ vorwarf, geriet er bei den neuen Machthabern in Ungnade. Fetscher schwenkte um, nachdem er Kenntnis von den Morden unter dem Deckmantel der „Euthanasie“ bekommen hatte. Nun behandelte er in seiner privaten Praxis illegal Juden, Zwangsarbeiter und andere Verfolgte des NS-Regimes.

Ob die Dresdner Schule für Körperbehinderte aber gut beraten war, sich ausgerechnet nach dem Rassenhygieniker Rainer Fetscher zu benennen, darf bezweifelt werden. In diesem Fall sei „die Erinnerungskultur der DDR verantwortlich“, meint der Historiker Geralf Gemser, der bundesweit rund 33 000 Schulnamen untersucht hat: „Man hat Fetscher zu einem Widerständler stilisiert, indem man die Zeit bis zu den Euthanasiemorden einfach ausgeblendet hat.“ Während die sächsische SPD-Landtagsfraktion fordert, die Schule umzubenennen, erkannte die Schulleitung zunächst „keinen Handlungsbedarf“. Obwohl der Streit um den Namenspatron schon länger gärt, reagierte die Schule erst auf die Veröffentlichung eines Artikels zum „schwierigen Thema“ im „Spiegel“. Jetzt will die Schulleitung das Ergebnis eines von der TU Dresden erarbeiteten Gutachtens abwarten.

Die Akte Fetscher – kein Einzelfall. Ein Dutzend Schulen in Sachsen tragen noch heute Namen von Nazis, darunter die nach dem Andert-Clan benannte Mittelschule in Ebersbach. Vater Hermann war in der NSDAP, die Söhne Werner und Herbert im NS-Lehrerbund und der SA. Auch der Frankenberger Oberstudienrat Max Kästner ist ein dubioser Namenspate. „Der letzte marxistische Schlupfwinkel wurde ausgeräuchert“, huldigte der damals im NS-Lehrerbund Aktive als Chronist seiner Heimatstadt dem NS-Terror.

Bundesweit sind über 100 der 33 000 vom Autor untersuchten Schulen belastet, darunter auch eine Einrichtung im bayerischen Friedberg. Sie wurde nach dem ehemaligen SS-Sturmbannführer Wernher von Braun benannt, der später in den USA bei der NASA als Raketenforscher Weltruhm erlangte. Nach NS-Opfern sind nur in Sachsen nur 38 Schulen (1,7 Prozent) benannt.

Nach und nach will der Historiker Studien zur Namensgebung in allen Bundesländern veröffentlichen. Gemsers bisher größter Erfolg war die von ihm angeschobene Umbenennung einer nach dem Wehrmachts-Oberst Erich Hoepner benannten Schule in Berlin-Charlottenburg. „Einen Mann von seinem Schlage – er war in höchster Verantwortung während der Vernichtungsfeldzüge in Polen und Sowjetunion – habe ich später weder in Berlin noch anderswo gefunden“, sagt Gemser, „das war wohl einmalig“. *Volker Stahl*

Geralf Gemser, Unser Namensgeber – Widerstand, Verfolgung und Konformität 1933-1945 im Spiegelbild heutiger Schulnamen, Sachsen, AVM-Verlag, 19,90 Euro

„Holocaust-Religion“

Wie die Wochenzeitung „Junge Freiheit“ die öffentliche Kritik am Papst interpretiert.

„HolocaustReligion“ – unter dieser Überschrift und dem Zusatz „Ich bin der Herr, Dein Gott. Du sollst keine anderen Götter neben mir haben“, befasste sich die rechte Wochenzeitung „Junge Freiheit“ (JF, 13.2. 2009) in mehreren Beiträgen mit der öffentlichen Kritik an Papst Benedikt XVI. Der hatte durch die Aufhebung der Exkommunikation von vier Bischöfen der Piusbruderschaft, wozu mit Richard Williamson auch ein bekennender Holocaust-Leugner gehörte, großen Unmut ausgelöst. Gleichzeitig war mit Gerhard Maria Wagner ein Geistlicher zum Linzer Weihbischof ernannt worden, welcher den Tsunami in Südostasien als eine Art legitimes Gottesgericht kommentiert und die Kinderbuchreihe um Harry Potter mit dem Satanismus in Verbindung gebracht hatte. Es waren also ganz unterschiedliche Anlässe, die gleichwohl in der katholischen Kirche und in den verschiedenen politischen Lagern zu vehementem Unmut gegen das Agieren des Papstes führten.

Die JF spricht von einer „Kampagne“ gegen den Papst. Thorsten Hinz erklärt in seinem Beitrag „Der Super-Vatikan“, dass die katholische Kirche eine „Provokation für die moderne Massendemokratie“ darstelle: „Alles was sie ist und repräsentiert: Tradition, Hierarchie, Askese, Dienst an einem fernen Ziel, das dem Einzelnen unerreichbar ist, die Ablehnung innerer Demokratie ... steht konträr zum massenhaften Bedürfnis, die materiellen, ideellen, sexuellen Gelüste schnell und umstandslos zu befriedigen. Da sie die Offenbarung auf ihrer Seite zu haben meint, kann die Kirche auch den Majoritätswillen gelassen als Irrtum abtun. Sie hält für wichtiger, das einzelne Gewissen zu schärfen und das Individuum gegen die Allmacht der demokratischen Macht zu stärken ...“

Hinz referiert die unterstellten Auffassungen der katholischen Kirche – dies machen Formulierungen wie Kontext deutlich – in affirmativer und nicht in kritischer Weise, das heißt, er stimmt mit den erwähnten Normen wie Hierarchie und Tradition als Gegensätze zu den Werten der demokratischen Massengesellschaft überein. Dabei ignoriert der JF-Autor, dass es im modernen demokratischen Verfassungsstaat keine „Allmacht der demokratischen Mehrheit“ gibt. Die endet spätestens dort, wo die Grundrechte der Minderheiten beginnen. Hinz nimmt dieses rechtsstaatliche Minimalprinzip nicht zur Kenntnis, könnte er doch sonst nicht entsprechend eines klassischen antidemokratischen Diskurses gegen das angebliche Selbstverständnis der „Massendemokratie“ polemisieren. In elitärer Verachtung reduziert er die wohl begründeten Einwände gegen die erwähnten Aspekte des päpstlichen Handelns auf das „Durchschnittliche und Gewöhnliche“ in der aktuellen Kirchenkritik.

Hier offenbart sich ein bezeichnendes Demokratieverständnis, das noch durch die Rede von der „Holocaust-Religion“ um eine besondere Komponente ergänzt wird. Dazu heißt es bei Hinz: „Der mächtigste Dämon der Gegenwart ist die Zivilreligion, in der Auschwitz an die Stelle Gottes tritt ...“ Und weiter: „Der Holocaust wird den Regeln des Wissenschaftsbetriebs entzogen, seiner Konkretheit und seines Kontextes entkleidet, mittels Zeremonien, Ritualen, Strafgesetzen und sakraler Sprachgebung auf die Höhe eines Mysteriums gestemmt, das priesterlicher Vermittlung bedarf. Dahinter steckt der umfassendste und härteste politisch-ideologische Dezisionismus seit der russischen Oktoberrevolution.“ Mit dem historischen Vergleich hebt Hinz den beschriebenen Vorgang auf die gleiche Ebene wie das politische Handeln in der seinerzeitigen bolschewistischen Diktatur.

Weitaus interessanter ist allerdings die innere Logik von Hinz’ Argumentation zur „Holocaust-Religion“. Zwar gibt es ein rituelles Gedenken an die Opfer der Massenmorde an den Juden und die Leugnung des Holocaust steht unter Strafe. Damit ist der Holocaust gleichwohl nicht „den Regeln des Wissenschaftsbetriebes entzogen“, wie eine in den letzten Jahren immer breiter entwickelte Forschung zu den unterschiedlichsten Fragen veranschaulicht. Lediglich über die historische Tatsache des Vorgangs an sich, nämlich des Massenmordes an den Juden, findet keine Auseinandersetzung zwischen den Historikern statt. Entweder kennt sich Hinz im geschichtswissenschaftlichen Forschungsstand nicht aus, oder er beklagt den besonderen Gesichtspunkt des allgemeinen Konsenses darüber. Der Holocaust ist aber keine Religion: An eine Religion glaubt man, man muss sie nicht beweisen. An den Holocaust braucht man nicht zu glauben, er ist bewiesen. Darin besteht der bedeutende Unterschied.

Armin Pfahl-Traughber

Blick in die Zeitgeschichte

Planmäßiger Überfall

Von März 1939 an bereitete das NS-Regime mit zahlreichen „Anlässen" die Auslösung des Zweiten Weltkrieges vor.

In den kommenden Monaten dürfte es eine Vielzahl von historischen Gedenktagen geben. Manche lassen sich auf einen Tag genau festlegen. Anderen ging eine Entwicklung voraus, die erst nach und nach ihrem Höhepunkt zustrebte. So gilt der 1. September 1939 mit dem deutschen Überfall auf Polen als der Tag des Beginns des Zweiten Weltkrieges. Doch der Überfall erfolgte selbstverständlich nicht plötzlich. Er war von langer Hand vorbereitet worden.

Als ein Stichtag kann der 14. März 1939 gelten, als die Wehrmacht in die Tschechoslowakei einrückte. Bei der Münchener Konferenz am 29./30. September 1938 hatten die europäischen Großmächte England, Frankreich und Italien Hitlers Anspruch auf das von Deutschen bewohnte Sudetenland zugestimmt. Es war daraufhin an das „Dritte Reich" gefallen. Den Rest dieses Staates ließ Hitler wenig später einfach besetzen.

Auch der 21. März 1939 kann im Zusammenhang mit der Vorbereitung des Krieges gesehen werden. An diesem Tag forderte Adolf Hitler in einer Art von Ultimatum die polnische Regierung auf, die Stadt Danzig an Deutschland zurückzugeben. Danzig war nach der Niederlage des Deutschen Reiches 1918 zwar deutsch geblieben, ihr Umfeld aber war an Polen gefallen. Nur ein schmaler Korridor verband die alte Hansestadt mit dem Reich. Nun wollte Hitler diese Folge des Ersten Weltkrieges rückgängig machen und gleichzeitig die Regierung in Warschau reizen. Zwei Tage später, am 23. März, marschierte die Wehrmacht ins Memelgebiet ein und Hitler verkündete in Berlin die „Rückgliederung" ans Reich. Jetzt sollte Polen um seine Grenzen bangen. Das erkannten auch England und Frankreich und versicherten Warschau ihrer Unterstützung, falls das Deutsche Reich angreifen sollte.

Hitler hatte die zweite Etappe seines Ziels erreicht. Er konnte nun die Oberste Heeresleitung anweisen, den Überfall auf Polen vorzubereiten. Das tat er am 3. April 1939. Es sollte möglichst niemand erfahren, was im Reich vor sich ging. Aber geheim halten ließ sich das selbstverständlich nicht. Dafür sorgten nicht zuletzt französische und britische Geheimdienste sowie die Botschaften der beiden Staaten in Berlin. Während der Sommerferien 1939 beobachteten Feriengäste am Strand der Ostsee, wie deutsche Kriegsschiffe auf der Fahrt nach Osten waren.

Was sie nicht sahen, spielte sich in aller Heimlichkeit im polnisch-deutschen Grenzgebiet und in der schlesischen Stadt Gleiwitz (heute Gliwice) ab. Hitler hatte am 22. August 1939 auf dem Obersalzberg vor den Höheren Befehlshabern der Wehrmacht gesagt: „Ich werde propagandistischen Anlass zur Auslösung des Krieges geben, gleichgültig ob glaubhaft oder nicht. Der Sieger wird später nicht danach gefragt, ob er die Wahrheit gesagt hat oder nicht."

Polnische Uniformen zur Täuschung

Zu dieser Zeit gingen die Vorbereitungen dieser „Anlässe" in ihre Endphase. Ausführende waren SS- und Gestapoeinheiten. Sie unterstanden dem Chef der Gestapo, SS-Gruppenführer Heinrich Müller. Der konnte nach Ende des Krieges im Frühjahr 1945 nicht mehr gefragt werden. Er gilt als vermisst. Die Befehlsempfänger dagegen haben überlebt und gaben später zu Protokoll, Scheinüberfälle habe es in den Abendstunden des 31. August und in den frühen Morgenstunden des 1. September gegeben und zwar auf den Rundfunksender im deutschen Gleiwitz sowie auf ein Forsthaus in Pitschen und die deutsche Zollstation Hochlinden. In Gleiwitz sei die Leiche eines ermordeten KZ-Häftlings in polnischer Uniform liegengelassen worden, bei den anderen beiden Überfällen trugen die Deutschen zur Täuschung polnische Uniformen oder „Räuberzivil".

Der Überfall auf das Zollhaus erfolgte am 1. September 1939 gegen 4.00 Uhr, kurz darauf fiel die Wehrmacht in Polen ein, startete die deutsche Luftwaffe. Es wurde nicht „zurück geschossen", wie Hitler in seiner Rede am 1. September formulierte, es wurde überfallen. Der Zweite Weltkrieg hatte begonnen. Wie er mehr als fünfeinhalb Jahre später endete, ist bekannt.

Heiner Lichtenstein

Meldungen

„Tag der deutschen Arbeit"

Berlin – Fünf Demonstrationen zum 1. Mai hat die bundesdeutsche Neonazi-Szene bislang angemeldet. „Schluss mit Verarmung, Überfremdung und Meinungsdiktatur – Nationaler Sozialismus jetzt!" ist das Motto in Hannover. Dort werden vor allem Neonazis aus dem Bereich der Rechts-„Autonomen" und der Freien Kameradschaften aus Nord- und Westdeutschland erwartet – in etwa das Spektrum, das am 1. Mai 2008 in Hamburg aufmarschierte. Zu den Unterstützern zählen aber auch einige niedersächsische NPD-Gliederungen. Der Bundesvorstand der Jungen Nationaldemokraten und der NPD-Landesverband Baden-Württemberg rufen gemeinsam mit parteifreien Neonazis aus Süddeutschland zu einer Demo in Ulm auf. Ihr Motto: „Aufruhr im Paradies, die Jugend stellt sich quer – Wir wollen eine Zukunft!" Ein Verbot dieser Veranstaltung hat das Verwaltungsgericht Sigmaringen am 2. März wieder aufgehoben. Eine „Initiative Südwest", unterstützt von den NPD-Kreisverbänden Alzey-Worms und Naheland sowie den „Nationalen Sozialisten Mainz-Bingen", mobilisiert unter dem NPD-Slogan „Sozial geht nur National" zum „Tag der deutschen Arbeit" nach Mainz. „Kapitalismus zerschlagen" haben sich parteifreie Neonazis aus Bayern als Motto gewählt, die in Weiden (Oberpfalz) aufmarschieren wollen. Als Redner soll dort unter anderem Ex-NPD-„Vordenker" Jürgen Schwab auftreten. Schließlich ruft die Berliner NPD unter dem Motto „Kampf und Arbeit unentwegt" zu einer Maiveranstaltung mit „Bühnenprogramm mit Politik und Kultur, Kinderprogramm, zahlreichen Verkaufs- und Präsentationsständen" sowie einer Demonstration durch Berlin-Köpenick auf. (ts)

Siegreiche Haider-Partei

Österreich (Klagenfurt/Salzburg) – Bei der Landtagswahl in Kärnten am 1. März erzielte die von Jörg Haider gegründete rechtspopulistische FPÖ-Abspaltung Bündnis Zukunft Österreich (BZÖ) einen in dieser Höhe nicht erwarteten Wahlsieg und erreichte 45,48 Prozent der gültigen Stimmen. Der farblose Landeshauptmann Gerhard Dörfler (BZÖ) erklärte: „Der Wähler hat ein klaresWort gesprochen." Die rechtsextreme FPÖ mit ihrem Spitzenkandidaten Mario Canori scheiterte eindeutig mit 3,79 Prozent. Wenige Tage vor der Wahl hatte Canori in einem Interview mit dem FPÖ-Blatt „Neue Freie Zeitung" noch prognostiziert, dass die FPÖ „schon längst 11 Prozent übersprungen" hätte. 11 Prozent wären notwendig gewesen, um einen Sitz in der Klagenfurter Landesregierung zu erzielen, was erklärtes Wahlziel der FPÖ war. Bei der Landtagswahl 2004 hatte die damals noch nicht gespaltene FPÖ 42,43 Prozent der Stimmen erreicht. Zeitgleich fanden am 1. März in den österreichischen Bundesländern Kärnten und Salzburg neben den Landtagswahlen auch Gemeinderatswahlen statt. Für das BZÖ stimmten bei der Gemeinderatswahl in Kärnten 30,94 Prozent, für die FPÖ 2,12 Prozent. Bei der Landtagswahl in Salzburg erreichte die FPÖ 13,23 Prozent (2004: 8,69 Prozent). Für das BZÖ votierten 3,76 Prozent der Wähler/innen. In der Stadt Salzburg holte die FPÖ bei der Gemeinderatswahl 13,4 Prozent (2004: 10,2). (am)

Impressum

Schirmherrschaft:
Ute Vogt (Mitglied des SPD-Präsidiums)

Herausgeber:
Institut für Information und Dokumentation e.V.,
Helmut Lölhöffel

Redaktion:
Gabriele Nandlinger (verantwortlich)

Mail: nandlinger@bnr.de
Fon: (030) 255 94 174
Fax: (030) 255 94 192

Verlag:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Postfach 610 322, 10925 Berlin
Fon: (030) 255 94 100
Fax: (030) 255 94 192

Abo-Service:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Fon: (030) 255 94 130
Fax: (030) 255 94 199
Mail: vertrieb@vorwaerts.de